

Antrag 174/I/2019**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Gegen Gewalt und Rassismus – Mahnmale für die Opfer rechter Gewalt**

1 Vor fünf Jahren begann der NSU Prozess vor dem Ober-
2 landgericht München. Das Ergebnis ist frustrierend:
3
4 Mit Ausnahme der Hauptangeklagten Beate Zschäpe,
5 wurden die Angeklagten von den meisten Vorwürfen frei-
6 gesprochen. Die Strafen, die lächerlich niedrig ausfielen,
7 sind ein Schlag ins Gesicht der Angehörigen. Die Annah-
8 me, Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt
9 hätten alleine gehandelt und der NSU hätte nur aus die-
10 sen drei Personen bestanden und eine weitere Untersu-
11 chung und Aufklärung sei nicht nötig, ist durch mehrere
12 im Prozess aufgeführte Beweise und offenen Fragen stark
13 zu bezweifeln. So ist die Beteiligung von V-Leuten des Ver-
14 fassungsschutzes nach wie vor unklar und der Verschluss
15 wichtiger Akten für eine Dauer von 120 Jahren stellt ei-
16 ne schwere Behinderung der öffentlichen Aufklärung der
17 NSU Morde dar. Mit dem Ende des Prozesses in München
18 sind die abscheulichen Verbrechen des NSU und weitere
19 Verwicklungen nicht aufgeklärt und es wurden mehr Fra-
20 gen aufgeworfen als beantwortet.
21
22 Dieser Gerichtsprozess kann nur der Anfang der Aufklä-
23 rungsarbeit sein und nicht das Ende!
24 Gerade jetzt, in Zeiten, in der aufkommender Nationalis-
25 mus und offener Fremdenhass mehr und mehr in der Mit-
26 te der Gesellschaft toleriert und sogar akzeptiert werden.
27 In diesen Zeiten müssen wir, als Jungsozialist*innen ge-
28 schlossen dafür eintreten, dass rechte Gewalt immer und
29 überall konsequent und ausdauernd verfolgt und bestraft
30 wird. Nicht nur „große“ Gewaltdelikte, wie der NSU-Terror,
31 sondern auch „kleine“ alltägliche Gewalt von rechts muss
32 endlich konsequenter verfolgt werden.
33
34 Denn laut einer aktuellen Anfrage im Bundestag wurden
35 für das Jahr 2017 zum Stichtag des 31. Januars 2018 insge-
36 samt 20520 politisch rechtsmotivierte Straftaten gemel-
37 det, davon 1130 Gewaltdelikte. Davon konnten 8938 (801
38 Gewaltdelikte) aufgeklärt werden: 2017 wurden von 1504
39 antisemitisch motivierten Straftaten 1412 Delikte der poli-
40 tisch motivierten Rechten zugeordnet. Davon wurden 576
41 Straftaten geklärt, 836 Straftaten blieben unaufgeklärt.
42 Diese schlechte Aufklärungsrate ist eine Farce! Zu oft wird
43 rechte Gewalt verharmlost, zu oft als verwirrte Einzelta-
44 ten abgetan, doch sie gehört, wie es auch die Zahlen be-
45 legen, für zu viele Menschen in Deutschland immer noch
46 zum Alltag.
47

48 Jeder Fall von rechter Gewalt ist einer zu viel!
49 Wir, als Jungsozialist*innen dürfen diese Aufklärungsra-
50 ten und die mehr als unzufrieden stellenden Ergebnisse
51 des NSU Prozesses nicht hinnehmen und uns immer und
52 überall für rigorose und intensive Verfolgung aller Strafta-
53 ten von rechts einsetzen. Außerdem sind die Zusammen-
54 hänge des Nationalsozialistischen Untergrundes und des
55 Verfassungsschutzes komplett offenzulegen und aufzu-
56 klären. Denn nur so kann die Gesellschaft wieder Vertrau-
57 en in Justiz und Rechtsstaat entwickeln. Denn genau das
58 brauchen wir jetzt. Vertrauen in eine starke Demokratie,
59 in der jeder Mensch frei, friedlich und ohne Angst leben
60 kann.
61
62 Wichtig ist es, dass aufgezeigt wird, dass das Problem
63 mit fremdenfeindlicher und menschenverachtender Ge-
64 walt kein Randphänomen in unserer Gesellschaft ist. Son-
65 dern ein großes Problem in der Mitte der Gesellschaft ist.
66 Auch hier ist es unsere Aufgabe das Bewusstsein dafür, in
67 die Gesellschaft zu tragen. Mit dem Ziel die rechte Gewalt
68 aus unserer Gesellschaft zu verdrängen und irgendwann
69 ganz verschwinden zu lassen.
70
71 Deshalb fordern wir eine Öffnung der Akten des NSU Ter-
72 rors und lückenlose Aufklärung über sämtliche Vorgänge
73 des NSU.
74
75 Um uns das Bewusstsein über die Gefahr der rechten Ge-
76 walt zu vergegenwärtigen, müssen der NSU-Terror und
77 rechte Gewaltdelikte in der Schule aufgearbeitet und ein-
78 geordnet werden. Wir brauchen mehr Kampagnen, die Ju-
79 gendliche direkt erreichen und für dieses Thema sensi-
80 bilisieren. Jugendliche wie auch Erwachsene müssen ei-
81 nen direkten physischen Bezugspunkt haben, der an rech-
82 te Gewalttaten erinnert, darum fordern wir ein Mahn-
83 mal für die Opfer rechter Gewalt in allen Kreis- und kreis-
84 freien Städten der Bundesrepublik Deutschland und über-
85 all dort, wo Menschen Opfer rechter Gewalt wurden. Die
86 Konzipierung, Gestaltung und Errichtung dieser Mahn-
87 male sollen zugleich Auftakt einer ernsthaften Auseinan-
88 dersetzung mit rechter Gewalt sein. Für die Konzipierung
89 und Errichtung der Mahnmale sollen sowohl Betroffenen-
90 verbände und migrantische Organisationen, als auch ex-
91 plizit Anwohner*innen und Schulenaus dem jeweiligen
92 Landkreis miteinbezogen und zur aktiven Mitgestaltung
93 miteinbezogen werden. Für die Konzipierung unter Betei-
94 ligung der Öffentlichkeit ist ein angemessener Zeitraum
95 einzuplanen. Somit sollen lokale Debatten in Gang ge-
96 setzt und ein Bewusstsein für alle Folgen von Rassismus
97 geschaffen werden.
98
99 Wir fordern die Errichtung eines Denkmals für die Opfer
100 der NSU-Verbrechen vor dem Bundesministerium des In-

101 neren, für Bau und Heimat. Die Ausgestaltung des Denk-
102 mals soll daran erinnern, dass rechte Gewalt kein Problem
103 der Vergangenheit ist, sondern auch in unserer heutigen
104 Gesellschaft vehement bekämpft werden muss. Die Na-
105 men der Opfer sollen hierbei genannt werden. Erst das
106 Personalisieren der Opfer zeigt das zerstörerische Ausmaß
107 rassistisch motivierter Taten. Das Errichten dieses Denk-
108 mals gerade vor dem Bundesministerium des Inneren, für
109 Bau und Heimat ist ein Zeichen gegen Rassismus und zeigt
110 eine klare Positionierung entgegen der rechten Ideologie
111 der Täter*innen, welche eben diese Heimat ihren Opfern
112 abzusprechen sucht. Gleichzeitig soll es als Mahnmal an
113 die Verantwortung der Behörden und des Staates dienen,
114 die Bürger*innen und alle in der Bundesrepublik lebende
115 Menschen vor rechtem Terror zu schützen. Rechte Gewalt
116 ist ein schwerwiegendes Problem der Inneren Sicherheit,
117 die Notwendigkeit ihrer Bekämpfung muss somit auch
118 zentral hervorgehoben werden.

119

120 Außerdem fordern wir die Schaffung von Mahnmalen an
121 den Orten, an denen der NSU-Terror stattfand, die zum
122 Widerstand gegen Faschismus, Rassismus und Menschen-
123 verachtung aufrufen.